

Kurzbezeichnung des Verfahrens Abschluss einer Rahmenvereinbarung über Rechtsberatungsleistungen für den Bereich Atomrecht	Vergabe-Nr. 2026-013
---	-------------------------

Zusammenstellung der vom Unternehmen einzureichenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise

Vom Unternehmen sind vorzulegen:

- das Angebotsschreiben, Formular 324
- das inhaltliche Angebot mit Angebotspreis

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

Bedingung an die Auftragsausführung

- Ausgefüllte Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB - (Formular 521)
(mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Bankerklärung zum Nachweis der Bonität des Bieters (max. ein Jahr alt) (mit dem Angebot
mittels Dritterklärung vorzulegen)

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Referenzen (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Zum Nachweis der
beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot nachfolgende Referenzen vorzulegen:

a) Zwei Referenzen aus dem Rechtsgebiet des deutschen Atom- und Strahlenschutzrechts, die vertiefte Rechtskenntnisse (z.B. Beratung von Behörden oder Betreibern von kerntechnischen Anlagen) belegen (Abrechnungsvolumen für die Anwaltsleistung von mindestens 20.000 EUR netto pro Referenz). Die Nachweise müssen sich auf außergerichtliche Beratungen oder verwaltungsgerichtliche Verfahren im Rahmen von atomrechtlichen Genehmigungs- oder Aufsichtsverfahren beziehen.

b) Eine Referenz aus dem Rechtsgebiet des deutschen Umweltrechts (z.B. Immissionsschutzrecht, Umweltverträglichkeitsprüfungsrecht, Abfall- und Kreislaufwirtschaftsrecht), die vertiefte Rechtskenntnisse (z.B. Beratung von Behörden oder Betreibern von kerntechnischen Anlagen) belegen (Abrechnungsvolumen für die Anwaltsleistung von mindestens 20.000 EUR netto pro Referenz). Der Nachweis muss Bezug zu atom- oder strahlenschutzrechtlichen Sachverhalten haben.

c) Eine Referenz mit Bezug aus dem allgemeinen Verwaltungsvollstreckungsrecht, die vertiefte Rechtskenntnisse (z.B. durch die Beratung von Behörden in diesem Rechtsgebiet) belegt.

Die Referenzen müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Referenzen über Leistungen aus separaten Verträgen im Ausführungszeitraum innerhalb der letzten drei Kalenderjahre
- Angaben zum Inhalt der erbrachten Leistung, des Werts, des Ausführungszeitraums sowie des Auftraggebers unter Angabe eines Ansprechpartners.
- Dieselbe Referenz kann für jeweils a), b) und / oder c) gleichzeitig angegeben werden, soweit sie die Anforderungen der Referenzen nach a), b) und / oder c) auch erfüllt.

Sonstige Unterlagen

- Anforderungen zur Bewertung des Angebotspreises (mit dem Angebot vorzulegen): a) Fiktiver Gesamtpreis (in Brutto- und Netto) für die feste Vertragslaufzeit von vier Jahren für die unter II.1. dieser Leistungsbeschreibung zu erbringenden Leistungen.

Dabei ist eine durchschnittliche Stundenzahl von 450 Stunden jährlich zugrunde zu legen. In den Gesamtkosten müssen sämtliche Fremd- und Nebenkosten (z.B. Reisekosten, Post- und Fernspreckgebühren, Druck- und Versandkosten, Bürokosten, Versicherungsprämien, Verbrauchs- und Arbeitsmittel) enthalten sein.

Die spätere Abrechnung erfolgt auf Basis der tatsächlich angefallenen und abrechenbaren Stunden.

b) Stundensatz

Dem Angebot ist die Angabe der Stundensätze des für den Auftrag eingesetzten Personals - getrennt nach Qualifikationsstufen bzw. Funktion (Projektleitung/Teammitglieder) - beizufügen.

- Anforderungen zur inhaltlichen, qualitativen Bewertung des Angebots (mit dem Angebot vorzulegen): Für die inhaltliche, qualitative Bewertung des Angebotes ist vom Bieter ein Personaleinsatzkonzept vorzulegen, das auf folgende Punkte eingeht:

a. Namentliche Nennung der Projektleitung und deren Vertretung sowie aller Personen des Projektteams, die die Rechtsberatungsleistungen in den unter Ziffer II.1 genannten zwei Rechtsgebieten erbringen sollen.

Vorzulegen sind aussagekräftige Lebensläufe dieser Personen. Aus ihnen müssen die Qualifikationen und Erfahrungen der jeweiligen Personen in den Rechtsgebieten Atom- und Strahlenschutzrecht sowie aus den o.a. an-grenzende Rechtsgebieten hervorgehen. Die Projektleitung und deren Stellvertretung müssen eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung in den Rechtsgebieten des Atom- und Strahlenschutzrechtes vorweisen. Bei den übrigen Personen des Projektteams reicht eine mindestens dreijährige Berufserfahrung in diesem Rechtsgebiet.

b. Organisation des Projektteams: hierzu gehören insbesondere Aussagen zur Erreichbarkeit der zum Projektteam gehörenden Personen sowie Aussagen zu Vertretungsregelungen bei Abwesenheit und zum Wissenstransfer inner-halb des Teams. Erwartet werden außerdem Aussagen dazu, wie sichergestellt wird, dass die Anfragen zeitnah bzw. innerhalb einer dem jeweiligen Umfang entsprechenden angemessenen Frist bearbeitet werden.

- Ausgefülltes Angebotsschreiben (Formular 324) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Bei Bietergemeinschaften: Ausgefüllte Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (Formular 531) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Bei Eignungsleihe: ausgefüllte Erklärung Eignungsleihe (Formular 534a) und ausgefüllte Erklärung Eignungsleihe Haftung (Formular 534b) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Bei Unteraufträgen: ausgefüllte Erklärung Information Unteraufträge (Formular 533a) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Erklärung zur Akzeptanz des Vertragsentwurfs der Rahmenvereinbarung (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Sollte der Vertragsentwurf ausnahmsweise aus berechtigten Gründen nicht akzeptiert werden, können Änderungsvorschläge formuliert werden. Für diese muss eine rechtliche und/oder sachliche Notwendigkeit bestehen, die vom Bieter darzulegen und zu begründen ist. Ein Anspruch auf Umsetzung etwaiger Änderungsvorschläge ist hiermit nicht verbunden.

Weiterhin sind auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- keine Angabe -